

# AL Info<sup>5</sup> / 22

- 3 Spitzenkandidat Bezirk Hinwil: Robin Schwitter von der Alternative Wetzikon im Interview mit Redaktionsmitglied Christina Schiller.
- 4 Wahlkampf gestartet: Wahlkampf-Koordinator Christian Häberli über Strategien und Pläne.
- 6 Hausgemachte Energiekrise: Wie konnte es zu den aktuellen Preissteigerungen kommen? Kantonsrat Manuel Sahli erklärt.

AZB  
CH-8004 Zürich  
Post CH AG

## Züri wachrütteln

**Ich kandidiere für den Regierungsrat mit einem klaren Ziel: die «soziale Infrastruktur» im Kanton für alle Bewohner:innen zu verbessern. Ich lege den Fokus auf die Menschen im ganzen Kanton und ihre Bedürfnisse für eine erfolgreiche Alltagsbewältigung. Hier verschlafen Regierung und Parlament die stetig fortschreitende Urbanisierung und das Wachstum der Agglomerationen.**

Soziale Infrastruktur? Damit meine ich den Zugang zu den Angeboten, die wir alle brauchen, um ein gutes Leben zu führen. Ich will einen Kanton, in dem es nicht auf den Wohnort ankommt, ob eine Familie ihre Kinder in eine Kita geben kann – zu einem für sie tragbaren Preis. Das gilt auch für Tagesschulen oder für Familien mit einem Kind mit Beeinträchtigung. Nicht nur die Bewohner:innen der grösseren Städte haben diesen Bedarf, sondern auch die Menschen in der Agglo und auf dem Land. Dies gilt für viele weitere Angebote wie die regionale Gesundheitsversorgung, preisgünstige Mietwohnungen, Alterswohnungen oder eine qualitativ gute Sozialhilfe. Sogar bei den Geflüchteten finden wir die unsägliche Gemeindelotterie: Je nach Wohnort fällt der ausbezahlte Grundbedarf unterschiedlich hoch aus, und die Unterbringung kann von einer eigenen Wohnung bis zu einer Kollektivunterkunft variieren.

Ich empfinde es als höchst stossend, dass wir im Kanton bei so wichtigen Themen so viele Ungleichheiten produzieren. Es geht nicht an, dass der Kanton hier abseitssteht und sich gar nicht oder nur ungenügend an den Kosten beteiligen will. Statt Steuern zugunsten von Grossverdiener:innen und Superreichen zu

senken, müssen wir investieren, um den Kanton sozial gerechter zu machen.

Zurzeit stehen viele Menschen im Kanton vor grossen finanziellen Herausforderungen. Der zeitgleiche und zum Teil explosionsartige Anstieg der Krankenkassenprämien, der Energiepreise und der Teuerung und die weiterhin steigenden Mieten zeitigen schmerzhafteste Auswirkungen bis in den Mittelstand hinein. Sogar SVP-Finanzdirektor Stocker muss zugeben, dass die Leute mit kleinen Einkommen dadurch viel stärker belastet werden als durch die Steuern. Hier braucht es massgeschneiderte Lösungen, die die Betroffenen direkt entlasten: Also nicht nur eine Erhöhung, sondern auch eine Erweiterung des Personenkreises der individuellen Prämienverbilligung. Einen finanziellen Beitrag, z.B. in Form eines Gutscheins, der die Erhöhung der Heizkosten auffängt.

Die AL zeichnet sich für mich dadurch aus, dass die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit immer im Zentrum steht – egal, ob es um Klima-, Wirtschafts- oder Finanzpolitik geht. Und ganz wichtig für mich: Sie macht sich konsequent stark für diejenigen, die sonst keine Fürsprecher:innen haben, wie etwa die unbegleiteten Minderjährigen im Lilienberg. Diese Qualitäten möchte ich im Regierungsrat einbringen. Weniger Wirtschaftsfixierung, mehr Gemeinschaftssinn.

**Anne-Claude Hensch,  
AL-Regierungsratskandidatin und  
Kantonsrätin**

### Nasty Questions

Die Redaktion stellte Anne-Claude Hensch ein paar fiere Fragen.

#### Die AL ist chancenlos! Wieso kandidierst du?

Warum so mutlos? Ich will aufzeigen, dass auch die AL fähige Frauen für Exekutivämter hat. Mehr Augenmerk auf die Bedürfnisse von allen Bevölkerungsteilen und weniger starke Konzentration auf die Wirtschaftspolitik täte dem Regierungsrat gut.

#### Welche Richtung würdest du besser managen als ein:e Amtierende:r?

Das ist eine müssige Frage, da ich aufgrund des Anciennitätsprinzips nehmen muss, was übrigbleibt. Ich traue mir die Führung aller Direktionen zu, sonst würde ich nicht antreten.

#### Direkte Konkurrenz aus Züri-Nord ist Silvia Steiner. Was macht dich zur besseren Regierungsrätin?

Anders als sie kenne ich die realen Probleme im Bildungsbereich aufgrund meiner Tätigkeiten in Heimen, Kitas und Schulen. Mein Stil: zuerst gut zuhören und erst dann Lösungen suchen und Entscheidungen treffen.

#### Du bist seit zwei Jahren im Kantonsrat: Bist du schon bereit für den Regierungsrat?

Ich bin vertraut mit der kantonalen Politik. Und weiss nicht alles besser wie Peter Grünenfelder... Komplette bereit ist wohl niemand für das Amt. Hier gilt für alle Learning by doing.

## Parolen

### Abstimmungen vom 27. November 2022:

#### BUND

Es finden keine Abstimmungen statt.

#### KANTON

Gerechtigkeitsinitiative **NEIN**

Gegenvorschlag Gerechtigkeitsinitiative **NEIN**

#### Stadt Zürich

Rahmenkredit für den Ausbau der thermischen Netze **JA**

## Termine

**Freitag, 11. November:** AL-Benefizessen im Noerd in Oerlikon. Geniesse ein köstliches Essen und unterstütze damit unseren Wahlkampf. Auch spontane Anmeldungen möglich.

**Dienstag, 29. November:** AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 19.00 Uhr

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

## Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, [www.al-zh.ch](http://www.al-zh.ch)

**Sekretariat** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

**Erscheint** 4 bis 6 mal jährlich

**Auflage/Druck** 2000 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

**Layout** Dafina Gash, Zoe Lehmann,

**Redaktion** Dafina Gash, Zoe Lehmann, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr, Christina Schiller

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist

# Highlight für Links-Grün

**Das Abstimmungswochenende vom 25. September war ein Highlight für Links-Grün, und ganz besonders für die AL Zürich: ein klares Ja für die progressive Variante des Gemeinderats bei der Tagesschule, Ja zur Noigass-Initiative und ein hauchdünn verfehlter Abstimmungssieg bei der AL-Initiative gegen Steuergeschenke an Grossaktionär:innen.**

Bei der Steuer-Initiative wäre es beinahe zur Wiederholung unseres Überraschungscoups von 2009 mit der Pauschalbesteuerung gekommen. Die Abstimmungsgeografie zeigt deutliche Parallelen zu den beiden Pauschalsteuer-Abstimmungen von 2009 und 2014. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass wir nicht nur in den drei grössten Städten – Zürich (59.7% Ja), Winterthur (59.8%) und Uster (52.5%) – punkten konnten, sondern auch in Landgemeinden, vor allem im Oberland, etwa in Wetzikon, Rüti, Wald und Bubikon. Hier hat uns auch die Ja-Parole der EDU geholfen. Dass wir in 81 und damit rund der Hälfte aller Gemeinden 45% und mehr Ja-Stimmen verbuchen konnten, zeigt, dass die Frage der Steuergerechtigkeit nicht bloss dem Links-Rechts-Schema folgt, sondern dass wir mit einer klugen Politik hier auch bei

wertkonservativen Stimmbürger:innen Gehör finden können. Verloren haben wir die Abstimmung eindeutig in den stark FDP-geprägten Seegemeinden.

Ein Schock für die etablierte Politik und auch die Stadtzürcher Leitmedien war das Ja zur Noigass-Initiative. Mit einer engagierten und witzigen Kampagne ist es den Aktivistinnen und Aktivisten des Vereins Noigass gelungen, die Forderung nach genügend zahlbaren Wohnungen – nicht nur auf den SBB-Arealen – prominent auf die Agenda zu setzen. Wie es nach der Trotzreaktion der SBB auf das Abstimmungsergebnis an der Neugasse weitergeht, ist offen. Der Verein Noigass wird sich dafür einsetzen, dass den vollmundigen, aber diffusen Ankündigungen der SBB, auf ihren Arealen mindestens zur Hälfte «preisgünstige» Wohnungen zu erstellen, auch konkrete Taten folgen. In den 2022/23 fertiggestellten SBB-Überbauungen Letzi Turm an der Hohlstrasse (177 Wohnungen) und Limmatstrasse 23/25 (35 Wohnungen) wird keine einzige «preisgünstig» angeboten, und auch in der für 2027 geplanten Überbauung beim Bahnhof Wollishofen (90 Wohnungen) will die SBB nur einen Drittel preisgünstig vermieten.

**Niggi Scherr, Redaktionsmitglied**



Grund zum Feiern: Wahlsonntag im September (Bild: Melanie Berner)



Wahlsonntag in der Wandelhalle (Bild: Urs Jaudas)



Medienkonferenz zur Steuergeschenk-Initiative (Bild: Nicole Wyss)

# Alternativen im Wahlkreis Hinwil

## Stell dich vor. Wer bist du?

Jahrgang 85, aufgewachsen in der Kulturfabrik Wetzikon, Lehre als Informatiker und heute IT-Freelancer und zum Ausgleich im Gartenbau als Hilfskraft tätig.

## Wie bist du zur Alternative Wetzikon gekommen?

Angefangen hat es 2014, als in Wetzikon das Parlament eingeführt und zeitgleich die AW ins Leben gerufen wurde. Schon für diese erste Liste wurde ich von Bigi Obrist angefragt und war selbstverständlich dabei. Mehr tat ich in dieser Legislatur aber nicht. Erst ab 2018, als erneut kommunale Wahlen anstanden, begann ich mich parteiintern zu engagieren. Damals haben wir zwei Sitze errungen und zusätzlich Páde Rüegg ins Parlament gebracht. Als dieser 2020 seinen Rücktritt beschloss, stellte sich die Frage der Nachfolge und alle Kandidierenden vor mir wollten oder konnten nicht antreten. So kam ich ins Parlament und durfte während zwei sehr lehrreichen Jahren in der Kommission für Bau + Infrastruktur mitwirken. Bei den Wahlen 2022 verteidigten wir zwei Sitze und konnten mit Marco Müller, Geschichtslehrer und Co-Leiter des Familienzentrums FiZ Wetzikon, einen gut vernetzten und hochmotivierten Vertreter platzieren, dem ich gerne den Vortritt liess.

## Die Alternative Wetzikon ist eine der wenigen Alternativen Listen, die ausserhalb der Stadt Zürich und Winterthur präsent und erfolgreich ist. Was ist euer Geheimrezept?

Meines Erachtens liegt der Schlüssel in der alternativen Kulturszene, welche seit der Entstehung der Kulturfabrik anfangs der 80er Jahre in Wetzikon gewachsen ist. Eine Vielzahl anders denkender Menschen wurde von der Leuchtkraft dieses Projekts von weither angezogen und etliche haben sich hier niedergelassen, Kinder grossgezogen und ihre Gedanken mit anderen geteilt.

Ohne das politische und kulturelle Engagement von Bigi Obrist, der Gründerin und unermüdlichen Chrampferin der AW, wären wir aber kaum da, wo wir jetzt sind. Dank ihren Stärken, über die Kultur hinaus breit vernetzt unterwegs zu sein und in vielen Themen fachlich fundiert argumentieren zu können, hat sie sich als glaubwürdige Politikerin Bekanntheit verschafft und der AW ein Profil gegeben. Links braucht es mehr solche Köpfe, die sich exponieren und laut sind, die sich reinknien und gegen Windmühlen



Spitzenkandidat in Hinwil: Robin Schwitter

kämpfen, und die sich vor allem zu organisieren und vernetzen wissen.

## Was können wir noch von euch lernen?

Ich glaube nicht, dass die AL etwas von uns lernen kann. Ihr macht das echt super! Unabhängig und unbequem bleiben und schön Unruhe bewahren!

## Wieso braucht es aus deiner Sicht eine starke Linke Alternative ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur?

Die Ideen der Linken Alternativen für eine gerechtere Gesellschaft sollten in allen Stadtparlamenten vertreten und gehört werden. Noch wichtiger wäre der Einzug in Exekutivämter, auch in ländlicheren Gemeinden. Es tut der Demokratie nicht gut, wenn die rechts-bürgerlich-liberalen Parteien sich ständig in der Mehrheit und damit im Recht sehen und noch weniger hilft es ihr, wenn die alternativen Meinungen und kreativen Lebensentwürfe gar nicht in die Politik einfließen können.

## Auch wenn wir wahrscheinlich keinen Kantonsratssitz im Bezirk Hinwil erobern werden, was sind die wichtigen Themen der Region, die wir im Kantonsrat besser vertreten müssen?

Es braucht ein Bewusstsein dafür, dass die Agglomeration mehr ist als ein Nebenprodukt der Stadt. Die Agglo hat eigenständige Vorteile, die weit mehr sind als Naherholungsgebiete für Städter und die es zu bewahren gilt. Daher: Mehr innerstädtische Erholungsräume, weil die Naturräume durch den Erholungstourismus übermässig belastet sind.

Und zum Verkehr: Ja zur Lückenschliessung! Jedoch ohne den geplanten Autobahnzubringer in Wetzikon, da dieser den Durchgangsverkehr im Zentrum kaum verringern wird. Wir befürchten eher das Gegenteil.

**Interview: Christina Schiller, Redaktionsmitglied**

# AL-Tipp



**Mischa Schiow empfiehlt: Meures, Susanne Regina, 2022: «Girl Gang», Christian Frei Filmproduktion: Schweiz.** Wenn die 14-Jährige aus Berlin

im Einkaufszentrum auftaucht, löst sie bei ihren Fans Massenhysterie aus. Leonie ist Influencerin auf Instagram und Tiktok, wo ihr 1,4 Millionen Follower:innen zujubeln. Gemanagt wird sie von ihren Eltern, die ihr wirtschaftliches Potenzial längst erkannt haben. Die an der Zürcher Hochschule für Künste ausgebildete Susanne Regina Meures scheint mit ihrer Kamera Teil des Haushalts und des Unternehmens Leobalys zu sein. Sie erzählt den kometenhaften Aufstieg des Mädchens am Social-Media-Himmel wie ein Märchen – eines, das einen durchaus das Gruseln lehrt. Jeden Tag müssen Posts rausgehauen werden, stundenlang bearbeitet Leonie Bilder und Videos, in denen sie immer lächelt und fröhlich zu sein scheint. In ihren vier Wänden ist ihr jedoch weniger zum Lachen zumute. Ist es die Pubertät oder der ständige Stress, die sie ihren Eltern gegenüber immer ausfällig werden lassen?



**Olivia Romanelli empfiehlt: Kaena, Lou, «Faire de la place», Album, Schweiz: 2022.** Lou Kaena ist DIE Newcomerin

des Jahres. Die 16-jährige Kantischülerin aus Zürich hat sich in der Schweizer Rapszene einen Namen gemacht. Zusammen mit ihren Kollegen \$aid und Bazdo bildet sie das Team Bassment. Bisher rappt sie ausschliesslich in ihrer Muttersprache Französisch. Ihr erstes Album, Faire de la Place, erschien im Juni 2022. In ihren Texten schwingt die Wut auf alltäglichen Sexismus mit. «Qui t'a élevée?» (Wer hat dich erzogen?) ist der eingängige Refrain eines ihrer Tracks, der auch Eltern zum Nachdenken anregt. Der Satz «Quand j'te dis non, c'est non.», der ebenfalls in diesem Track vorkommt, nimmt die „Nur JA heisst JA“-Debatte auf. Ein entsprechender Vorstoss ist kürzlich im Ständerat gescheitert. Der definitive Entscheid, ob das Sexualstrafrecht entsprechend der «Nur JA heisst JA»-Lösung angepasst wird, fällt im Dezember 2022 im Nationalrat. Lou Kaena hat den Mobilisierungssong dazu geschrieben.

# Kantonsratswahlen 2023

**Was müssen wir tun, damit am 12. Februar 2023 möglichst viele Menschen im Kanton Zürich Vertreter:innen der AL in den Kantonsrat und Anne-Claude Hensch in den Regierungsrat wählen? Der Wahlausschuss ist seit den Sommerferien daran, Antworten auf diese Frage auszuarbeiten.**

Was sich andere Gremien zurzeit wünschen, prägt die Arbeit im Wahlausschuss: Wir haben Energie. Den Misserfolg bei den städtischen Wahlen vom letzten Februar und den Frust haben wir aufgearbeitet und Lehren gezogen. In der Sommer-Retraite war der gewohnte AL-Biss zurück. Die erarbeitete Kernbotschaft lässt sich einfach zusammenfassen. Ob in den Landgemeinden, in der Agglo oder den Kernstädten, wir wollen das gute Leben für alle: preisgünstige Wohnungen, bezahlbare Kinderbetreuung, für alle Einkommensgruppen verträgliche Massnahmen zum Schutz des Klimas, ein Gesundheitswesen, das alle Menschen pflegt - auch Sans-Papiers.

## Das Quintett der Bisherigen

Soweit die Theorie. In der Praxis braucht es Menschen, die nicht pennen, sondern im politischen Alltag für diese Anliegen brennen. Die ihre Arbeit richtig machen. Auch wenn es oft unbequem ist.

Das sind die sechs AL-Kantonsrät:innen. Fünf stellen sich zur Wiederwahl und Anne-Claude Hensch will Regierungsrätin werden. Sie nehmen sich alle die Zeit, im Wahlausschuss mitzuarbeiten. Das ist eine hervorragende Ausgangslage! Selbstverständlich ist der Wahlausschuss auch für die Mitarbeit weiterer Aktivist:innen offen.

Das Konzept für den kantonalen Wahlkampf basiert auf drei Prinzipien:

1. Die Kampagne für Regierungsrat und Kantonsrat ist "aus einem Guss".

2. Wir setzen auf einen lokal stark verankerten Personenwahlkampf "im AL-Look".

3. Die Kampagne ist nach dem Baukastensystem aufgebaut, d.h. sie kann je nach aktueller Situation oder Initiativen vor Ort in einzelnen Wahlkreisen ergänzt werden. Beispiele dafür sind Aktionen oder Treffpunkte zur lokalen Verankerung wie die Hofbar in den Zürcher Stadtkreisen 7 und 8.

## Personen und Themen verknüpfen

In der Kantonsratskampagne verknüpfen wir Personen und Themen. Hier die Beispiele der Bisherigen. Anne-Claude Hensch (Zürich 11/12) setzt ein Schwerk Gewicht auf die Grundrechte. Melanie Ber-

ner (Zürich 3/9) vertritt die Forderungen der AL zu Steuern und Wohnen. Nicole Wyss (Zürich 3/9) formuliert Lösungen für Tagesschule und Kinderbetreuung, nicht nur für die Stadt Zürich, sondern für den ganzen Kanton, und bringt bei Gesundheitsthemen die Anliegen der AL ein. Judith Stofer (Zürich 6/10) setzt gemeindeübergreifende Akzente in Bildungs- und Kulturfragen sowie bei Raumplanung und Städtebau. Manuel Sahli (Winterthur) bringt im Quintett der Bisherigen die AL-Forderungen für eine sozialverträgliche Klima- und Verkehrspolitik ein. Lisa Letnansky tritt an, um in den Zürcher Stadtkreisen 4 und 5 den Sitz von Markus Bischoff zu verteidigen, der zurücktritt. Ihre politischen Kernthemen sind die Grundrechte und Kulturfragen.

Als dritte Zutat für einen erfolgreichen Wahlkampf müssen wir unsere Botschaft, unsere Kandidat:innen und ihr Profil in Szene setzen: in Events, mit Plakaten im öffentlichen Raum, in den sozialen Medien, mit Flyern und vielem mehr. Die AL kann mobilisieren - das haben wir in der letzten Wahlkampagne gezeigt. Das hat definitiv Lust auf mehr gemacht!

**Christian Häberli, Wahlkampf-Koordinator**



Die AL-Kantonsratskampagne als Weckruf für Züri. Damit unser Kanton nicht weiter pennt

# Lockvogelangebot der SVP: 2x NEIN

**Die stetig steigenden Krankenkassenprämien stehen seit vielen Jahren in den Top-Five des Schweizer Sorgenbarometers. Sorge und Problem sind real. Die Prämien haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt, während die Löhne nur um gut 20 Prozent gestiegen sind. Viele Haushalte brauchen heute mehr als 10 Prozent ihres Einkommens dafür. Die Prämien sind nebst den Steuern der häufigste Grund, warum Menschen sich verschulden. Und das, obwohl gut ein Viertel der Haushalte im Kanton Prämienverbilligungen erhält.**

Einkommensschwache Haushalte und den Mittelstand bei einer ihrer grössten finanziellen Sorgen zu entlasten, ist seit Jahren ein Kernanliegen der AL. Gerade darum haben wir die SVP-Volksinitiative «Gerechtigkeit schaffen – Krankenkassen-Prämienabzug der Realität anpassen (Gerechtigkeitsinitiative)» wie auch den Gegenvorschlag im Kantonsrat abgelehnt. Die Initiative will den Abzug massiv, der Gegenvorschlag weniger stark erhöhen.

Das SVP-Versprechen, so die Prämien-

enlast zu lindern, klingt für viele verlockend. Auch das Timing ist perfekt: zwei Jahre Corona-Krisenmodus, Krieg in Europa und eine drohende Energiemangellage, die Teuerung und Inflation anheizt. Kaufkraft und Zuversicht eines Grossteils der Bevölkerung schwinden zunehmend. Und nun, zwei Monate vor den kantonalen Wahlen, präsentiert die SVP dem Stimmvolk ein populistisches Lockvogelangebot.

## Prämienverbilligung für Gutverdienende

Es wird sich zeigen, ob eine Mehrheit die «Gerechtigkeits»-Lüge durchschaut. Initiative und Gegenvorschlag sind alles andere als gerecht. Sie bringen für Kanton und Gemeinden Steuerausfälle von je mindestens 150 respektive 45 Millionen pro Jahr. Das steht in keinem Verhältnis zu den effektiven Steuereinsparungen für den Mittelstand: Bei einem steuerbaren Einkommen von 80'000 Franken sind es gerade mal 62 Franken. Wie bei rechten

«Sozialvorlagen» üblich, bringt der SVP-Vorschlag eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Wegen der Progression schenken Steuerabzüge bei hohen Einkommen mehr ein als bei mittleren, bei tiefen Einkommen spielen sie überhaupt keine Rolle. Faktisch entspricht der SVP-Vorschlag einer Verbilligung der Krankenkassenprämien für Gutverdienende.

Die Gegen-Argumente sind einfach und klar: Initiative und Gegenvorschlag halten nicht, was sie versprechen, kosten viel und nützen vor allem Gutverdienenden. Will man Sozialpolitik machen, sollte man die Finger von den Steuern lassen. Sie sind dazu nicht geeignet. Statt den oberen Mittelstand und die Superreichen steuerlich zu entlasten, braucht es mehr Mittel für Prämienverbilligungen für Haushalte, die besonders unter der hohen Prämienlast ächzen.

**Melanie Berner, AL-Kantonsrätin**

# Prämienverbilligung: Immer wieder AL

**Mit dem System der Kopfprämien ist die Schweizer Gesundheitsversorgung denkbar unsozial finanziert. Als Korrektur verpflichtet der Bund die Kantone zur Ausrichtung von individuellen Prämienverbilligungen (IPV) an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Bei aller Skepsis hat sich die AL von Anfang an für eine möglichst grosszügige Prämienverbilligung eingesetzt – ein Kampf, der sozusagen zur DNA der AL gehört.**

Bereits im September 1995 haben wir eine Initiative zu einer sozialen Umsetzung des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Kanton Zürich lanciert. Unsere Forderungen: Verbilligung für mindestens ein Drittel der Bevölkerung, 100-prozentige Ausschöpfung des Bundesbeitrags (die Regierung wollte nur 50 Prozent beziehen, um bei den gleich hohen kantonalen Zuschüssen Geld zu sparen). Mit 48.44% Ja-Stimmen verfehlte die AL-Initiative am 13. Juni 1999 nur ganz

knapp die Annahme. Noch am Abstimmungsabend beschlossen wir die Lancierung einer zweiten Initiative für eine 80-prozentige Ausschöpfung. Der in einem Mitte-Links-Bündnis lancierte Vorstoss fand im September 2001 eine Mehrheit. Bund und Kanton mussten die Prämienzuschüsse auf einen Schlag um 160 Mio Franken aufstocken.

Keinen Erfolg hatten wir leider 2011 mit einer weiteren Initiative für eine temporäre Erhöhung der Verbilligungen wegen der stark gestiegenen Kassenprämien. Auch die von uns aktiv unterstützte Initiative der Mitte für höhere Kantonsbeiträge hatte im Juni 2021 keine Chance. Verhindern konnten wir dagegen die vom Regierungsrat im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü 16) geplante Senkung des Kantonsbeitrags von 80 auf 70 Prozent des Bundesbeitrags.

Dank einem von der AL in Auftrag gegebenen Gutachten von Prof. Gächter

musste sich der Kanton bei der Gesetzesrevision 2019 verpflichten, Bundesgelder ausschliesslich für individuelle Prämienverbilligungen einzusetzen und nicht gesetzwidrig für Prämienübernahmen bei Sozialhilfe und Zusatzleistungen zu verwenden.

Bei der Umstellung auf das neue Verbilligungsmodell kam es zu Pannen: Statt der angestrebten 30% erhielten 2021 nur 25% der Bevölkerung einen Prämienzuschuss, über 40'000 bisherige Bezüger:innen gingen leer aus und 68 Mio Franken budgetierte Mittel wurden nicht verteilt. Auch bei den laufenden Verbilligungen für 2022 musste der Regierungsrat nachjustieren. Die AL bleibt wachsam und wird darauf achten, dass nicht auf dem Buckel der Bezugsberechtigten gespart wird.

**Niggi Scherr, Redaktionsmitglied**

## Repräsentation für den Bezirk Dietikon



Der am häufigsten vorkommende Nachname in Schlieren lautet «da Silva». In Dietikon belegt Platz drei dieses Rankings der Name «Gashi».

Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte aus dem Bezirk Dietikon tragen aber andere Namen. Nur die FDP schafft es, wie öfters, eine Person mit Migrationsgeschichte aufzubieten.

Der jüngste Kantonsrat hat den Jahrgang 1984. Damit liegt er im oder über dem Durchschnittsalter der meisten Gemeinden im Bezirk. Doch was ist mit der jüngeren Bevölkerung? Also jener, die am längsten mit den Folgen der getroffenen Entscheidungen leben muss? Diese ist nicht vertreten. Mit nur drei Frauen unter den elf Kantonsrät:innen ist auch eine andere Bevölkerungsgruppe untervertreten. Ändert diese Rate vielleicht die SVP, die auf Platz zwei und noch vor vielen Bisherigen eine Frau in den Wahlkampf schickt?

Das kommt auf die Stimmbevölkerung an, die eher passiv ist. Bei den Kantonsratswahlen 2019 hatte der Bezirk Dietikon die tiefste Wahlbeteiligung. In den letzten Abstimmungen lag die Stimmbeteiligung in Schlieren und Dietikon gerade mal bei 34% bzw. 36%. Wie kann die Bevölkerung motiviert werden, sich politisch zu beteiligen? Darüber rätsle ich viel.

Ein besonderes Anliegen ist mir die Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte. So sind es oft sie, die zuerst dem Bau der nächsten Luxuswohnkomplexe inklusive Rooftoppool weichen müssen. Sie machen einen grossen Teil der Bevölkerung im Bezirk aus, prägen und entwickeln ihn mit. Vielen wird das aber nicht anerkannt. Ich will nicht die Einbürgerungsrate kritisieren oder Scheinargumente gegen die Inklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte hören. Ich will ein Wahl- und Stimmrecht für Ausländer:innen. Ich will eine adäquate Repräsentation unseres Bezirks. Also weiblicher, jünger, queerer und nicht ganz so schweizerisch.

Dafina Gash, Politische Sekretärin, Kandidatin Dietikon

# Hausgemachte Stromkrise

Die aktuelle Stromkrise ist nicht zuletzt das Produkt eines künstlich geschaffenen Marktes. Die AL hat die Liberalisierung von Anfang an entschieden bekämpft. Wir waren und sind der Meinung, dass die Versorgung mit Strom ein öffentliches Gut ist und nicht in die Hände des Marktes gehört. Vor 20 Jahren, im September 2002, konnten wir zusammen mit den Gewerkschaften auf Bundesebene die Totalliberalisierung des Strommarkts nach EU-Rezept mit einem Referendum verhindern, 2000 und 2001 auch die Ausgliederung-Privatisierung des Stadtzürcher ewz und der kantonalen EKZ.

2009 kam es als Kompromiss zu einer Teil-Liberalisierung. Seit dann können Grossverbraucher ab 100'000 kWh unabhängig vom lokalen Versorger ihren Strom auf dem Markt beziehen. Freien Marktzugang erhielten auch die lokalen und kantonalen Elektrizitätswerke, allerdings mit der Verpflichtung, den Kleinverbraucher:innen eine Grundversorgung zu kostenbasierten, regulierten Preisen anzubieten.

### Trader:innen übernehmen Führung

Für die Axpo (Ex-NOK) bedeutete das eine Zeitenwende. Ursprünglich von den Nordostschweizer Kantonen gegründet, um diese und die Kantonswerke mit Strom zu versorgen, kamen ihr jetzt schrittweise die bisher garantierten Abnehmer in den Kantonen abhanden, weil diese sich anderweitig auf dem Markt eindeckten. Die Axpo-Führung wählte die Flucht nach vorn und forcierte den Strom- und später dann auch den Gashandel. Getrieben von ehrgeizigen Tradern avancierte die Axpo – nicht zuletzt dank der vom Markt so interpretierten Staatsgarantie im Rücken – zu einem der führenden Player auf dem europäischen Strommarkt. Die für den Handel zuständige Tochter Axpo Solutions AG vermarktet nicht nur die Eigenproduktion des Konzerns, sondern in grossem Stil auch die Produktion von Dritten und betreibt spekulativen Eigenhandel. Ein unter günstigen Umständen hochprofitables, immer aber auch hochriskantes Geschäft. Schon Ende September 2021 hielt sie Terminkontrakte von rund 50 Milliarden Franken in der Bilanz – 12-mal mehr als ein Jahr zuvor. Von 2015/16 bis 2020/21 hat sich ihr Personalbestand praktisch verdoppelt und nach «Inside Paradeplatz»

sollen 15 Händler Boni von 1 Mio und mehr kassieren.

### Axpo ausser Kontrolle

Während beim Stadtzürcher ewz Handelslimiten gelten und ein regelmässiges Reporting an die Rechnungsprüfungskommission vorgeschrieben ist, operieren und operieren die Axpo-Trader praktisch unkontrolliert. Für das Risikomanagement ist der vom Zürcher Regierungsrat 2017 als «ausgewiesener Experte» in den Axpo-Verwaltungsrat delegierte Peter Kreuzberg verantwortlich – ein Mann, der bis zur spektakulären Pleite des US-Stromkonzerns für das Enron-Derivategeschäft in Europa zuständig war.

### Versorgungssicherheit zuerst

Im Kantonsrat unterstützen wir Vorstösse für eine Stärkung der Versorgungssicherheit und der politischen Kontrolle. So sollen die EKZ den Strom für die Grundversorgung bei der Axpo zu Gestehungskosten statt zu Marktpreisen beziehen können und wieder mindestens ein Zürcher Regierungsmitglied im VR Einsitz nehmen.

### AL für Energiezulage

Dank der bei der Teilliberalisierung garantierten regulierten Grundversorgung bekommen Haushaltskund:innen die gewaltigen Preisexplosionen auf dem Strommarkt nur gedämpft zu spüren. Trotzdem: In den EKZ-Gemeinden steigen die Preise um 26%, in der Stadt Winterthur um 32%, in einzelnen Kleingemeinden noch mehr. Nur beim ewz in der Stadt Zürich bleiben sie dank der Versorgung aus eigenen Kraftwerken praktisch unverändert. Für einen Vierpersonenhaushalt machen die Aufschläge 100 bis 300 Franken, für Kleinhaushalte um die 100 Franken pro Jahr aus. Deutlich schmerzhafter sind bei kleinen Einkommen die Erhöhungen bei den Heizkosten, die bei Gasheizungen rasch bis zu 1000 Franken und mehr erreichen können. Hier setzt die AL an. Mit einem im Juni überwiesenen Postulat verlangt sie im Zürcher Gemeinderat eine Energiezulage für Bezüger:innen von AHV/IV-Ergänzungsleistungen.

Manuel Sahli, AL-Kantonsrat

# Bürgerliche ins Schwitzen bringen



**Am 25. September hat die AL ihre kantonale Volksinitiative «Keine Steuergeschenke für Grossaktionärinnen und Grossaktionäre» denkbar knapp mit 49.5% verloren.**

Es war ein nervenaufreibender Sonntag – insbesondere die Zeit zwischen 16.00 und kurz vor 18.00 Uhr. Nebst Anne-Claude Hensch, mir und unseren Mitstreiter:innen von den Grünen und der SP warteten zig Journalist:innen, die Regierungsräte Ernst Stocker und Martin Neukom sowie die versammelte kantonale SVP-Parteispitze auf die Resultate aus dem Wahlkreis 1/2. Während die Finanzdirektion ihre Medienmitteilung umschreiben musste, wurden die Herren von der SVP immer nervöser. Anne-Claude und ich wussten zwar, dass der Sieg nicht mehr zu holen war (Mathematik!), gesossen es aber, die Herren schwitzen zu sehen.

Als das Schlussresultat offiziell war,

löste sich die Spannung im Raum schnell und die Männer konnten wieder lachen. Die Freude war allerdings nur von kurzer Dauer, denn spätestens beim Speech des Finanzdirektors realisierten sie, dass «nur» die Abstimmung gewonnen war. Die klare Siegerin dieser Kampf-Runde gegen die neoliberale kantonale Steuerpolitik war, ist und bleibt die kleine AL! Dies wurde auch am Montag im Rat deutlich, als mir von der Mitte über GLP, FDP bis hin zur SVP gesagt wurde, was für ein Schwein sie gehabt und wie sehr sie die Stärke der AL in dieser Frage unterschätzt hatten.

Das knappe Resultat hat die bürgerliche Steuersenkungsallianz aufgeschreckt – zu Recht. Die kantonale Stimmbevölkerung ist nicht mehr bereit, die vielen Privilegien der (Kapital-)Besitzenden einfach so mitzutragen. Die gesellschaftlichen Kosten müssen endlich gerechter verteilt werden. Darum geht es auch bei der nächsten AL-Steuer-Initiative «Faire Finanzierung der Corona-Hilfen», die aktuell in meiner Kommission (WAK) beraten wird.

**Melanie Berner, AL-Kantonsrätin**

# Wider den Parkplatzwahn



**Dass der öffentliche Raum durch Parkplätze nicht ideal genutzt wird, ist inzwischen die Mehrheitsmeinung in dieser Stadt. Private Parkplätze hingegen werden noch von vielen Seiten begrüsst, selbst**

**bei Linken, weil sie die «Kompensation» von Strassenparkplätzen ermöglichen.**

Angesichts der Krisen, in denen wir uns befinden, und der ökologischen und klimapolitischen Zielsetzungen der Gemeindeordnung ist aber klar, dass sich der Trend der letzten Jahre, dass immer weniger Haushalte ein Auto haben, noch beschleunigen muss.

Wenn die Bauherrschaft auf die in der Parkplatzverordnung vorgeschriebenen Parkplätze verzichten möchte, sind die Hürden mit Mobilitätskonzept, Controlling und Grundbucheintrag jedoch sehr hoch. In der Folge werden bei fast allen Neubauten grosszügige Tiefgaragen erstellt. Es wird also viel klimaschädlicher Beton verbaut, um eine Infrastruk-

tur zu schaffen, die wir sehr bald nicht mehr brauchen werden oder nicht mehr brauchen werden können.

Gleichzeitig decken die Mieten für die Tiefgaragen-Abstellplätze deren Bau- und Unterhaltskosten nicht; diese werden teilweise auf die Wohnungs- und Geschäftsmieten abgewälzt.

Schliesslich gilt die Parkplatzerstellungspflicht auch bei Umbauten und Aufstockungen. Dort ist sie aber schwierig umsetzbar, was oft dazu führt, dass die bestehende Bausubstanz aufgegeben und ein Ersatzneubau geplant wird.

Es soll für die Bauherrschaft wenigstens so einfach sein, eine autoarme Siedlung zu bauen, wie eine, die neue Autoabstellplätze schafft. Statt Mobilitätskonzept mit Controlling könnten einfachere Mechanismen eingeführt werden, beispielsweise die Regel, dass die Bewohnenden keine Blaue-Zone-Parkkarte beziehen dürfen. Die AL-Fraktion berät gerade die Möglichkeiten, wie wir diesbezüglich vorgehen wollen. Natürlich muss die soziale Verträglichkeit dabei im Zentrum der Diskussion stehen.

**Michael Schmid, AL-Gemeinderat**

# Unbequem & links

**22. August:** Judith Stofer (AL) kritisiert in Fraktionserklärung von AL, Grünen und SP die Absage der Jubiläumsveranstaltung "50 Jahre Provisorium Westtangente" durch die Kapo.

**30. August:** Für die Regierungsratskandidatur bewerben sich Roman Hugentobler, AL-Gemeinderat Winterthur, und AL-Kantonsrätin Anne-Claude Hensch. Die AL-Vollversammlung entscheidet sich, Anne-Claude Hensch ins Rennen zu schicken.

**31. August:** AL-Gemeinderätin Regula Fischer Svosve tritt nach gut einem Jahr zurück. Für sie rückt Geschichtsstudent Moritz Bögli (24) nach.

**7. September:** In der Debatte um den von ihr verlangten Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stapo plädiert die AL für einen Umsturz statt Ausbau und für eine bewusste Entscheidung zu weniger polizeilicher Intervention.

**25. September:** Was für ein Abstimmungssonntag für die AL! Ja zur Noigass-Initiative in der Stadt, im Kanton fehlen bloss 0.5% zur Annahme der Initiative "Keine Steuergeschenke für Grossaktionäre". Das Ergebnis motiviert uns, in Steuerfragen weiter am Ball zu bleiben!

**27. September:** Die Fiko präsentiert an der AL-VV die Wahllisten für die Kantonsratswahlen 2023.

**4. Oktober:** Der Bericht zur ausserordentlichen Betriebsprüfung des von der AOZ geführten Zentrums Lilienberg für unbegleitete Minderjährige (MNA) bestätigt die von AL vorgetragene Kritik auf der ganzen Linie. Die AL fordert den raschen Umbau der AOZ zu einer Fachorganisation, die Qualität garantiert, und eine direkte Aufsicht des Gemeinderats.

**5. Oktober:** Stadt, Kitas und VPOD verständigen sich auf Massnahmenpaket für die Kinderbetreuung. Sie nehmen darin die Forderung der im Mai 2022 vorläufig unterstützten parlamentarischen Initiative der AL nach einem höheren Normkostensatz und besseren Arbeitsbedingungen auf.

# Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende:  
Alternative Liste Zürich,  
PC 87-63 811-5  
IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

